

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 28. Oktober 2020

3110. 2019/390

Postulat von Alan David Sangines (SP), Marco Denoth (SP) und 57 Mitunterzeichnenden vom 18.09.2019:

Aufnahme von Asylsuchenden, die an den europäischen Häfen ankommen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marco Denoth (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1684/2019) und zieht es zurück: Als Alan David Sangines (SP) und ich den Vorstoss vor über einem Jahr einreichten, fand in Europa gerade eine hässliche Diskussion mit groteskem Inhalt statt. Wir diskutierten darüber, ob wir im Mittelmeer gerettete Menschen überhaupt an Land gehen lassen sollen. Menschen in einem schlimmen psychischen und physischen Zustand mussten wochenlang auf Rettungsboten ausharren, nur weil man sich in Europa darüber stritt, wer sie aufnehmen soll. Von ungewohnter Seite kam Unterstützung. Der deutsche Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, kündigte an, mit gutem Beispiel voran zu gehen und 25 Prozent der Menschen, die gerettet wurden, in Deutschland aufzunehmen. Diese Initiative hätte dazu führen sollen, dass auch andere Länder sich solidarisch zeigen. Aus unserer Sicht hat das Dublin-System versagt, weil es die Mittelmeerstaaten alleine lässt und verlangt, dass sie alle Geflüchteten aufnehmen und bei ihnen unterbringen, während die anderen Staaten den Kopf in den Sand steckten. Mit diesem Vorstoss wollten wir der Schweiz und dem Bundesrat signalisieren, dass wir uns mit dem deutschen Beispiel solidarisieren und uns an der Verteilquote beteiligen wollen. Zürich und andere Städte in der Schweiz hätten Verantwortung übernommen und Platz für die Menschen zur Verfügung gestellt. In der Zwischenzeit trafen sich die Innenminister und Innenministerinnen der EU. Das Resultat dieser Diskussion ist ernüchternd, beschämend und armselig. Die meisten EU-Staaten weigerten sich, sich an einer Verteilquote zu beteiligen. Staaten wie Deutschland, Luxemburg, Portugal und Litauen gingen immerhin mit positivem Beispiel voran. Für die Schweiz nahm die FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter an der Diskussion teil. Sie lehnte die Beteiligung an der Verteilquote ebenfalls ab. Das ist für die Schweiz beschämend, die Depositärstaat der Genfer Flüchtlingskonvention und des Roten Kreuzes ist. Karin Keller-Sutter begründete die Ablehnung damals damit, dass Menschen in die Schweiz kommen könnten, die kein Anrecht auf Asyl hätten. Damit zeigt sie einmal mehr, dass sie als Chefin des Staatssekretariats für Migration eine Fehlbesetzung ist und dass sie von der Materie bis auf einige stimmungsmachende Schlagworte keine Ahnung hat. Die Aufnahme von geretteten Flüchtlingen ist noch keine Garantie für ein Bleiberecht. Ziel der Verteilquote wäre gewesen, die Menschen in die Staaten zu verteilen und ihnen dort Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu ermöglichen. Platz und Ressourcen sind in unserer reichen Schweiz vorhanden, aber Bundesrätin Keller-Sutter ignorierte die Angebote der Gemeinden. Zürich war nicht die einzige Stadt, die ein Angebot machte. Karin Keller-Sutter trat*



2 / 2

die Solidarität einmal mehr mit Füßen. Aufgrund der abschlägigen Antworten der Schweiz und der Tatsache, dass die Innenminister und Innenministerinnen sich nicht einigen konnten, erachten wir unseren Vorstoss in Zwischenzeit leider als obsolet. Wir überlegten uns, ob wir ihn aber trotzdem symbolisch dem Stadtrat überweisen sollen. Wir kamen aber zum Schluss, dass wir bereits mit dem Vorstoss 2018/281 einen grossen Einsatz für geflüchtete Menschen leisteten. Diesen Vorstoss diskutierten wir vor einem Jahr im Rat und überwiesen ihn mit einer grossen Mehrheit dem Stadtrat. Wir ziehen den Vorstoss, der von 59 Menschen aus dem Gemeinderat unterschrieben wurde, zurück. Wir tun dies unter schärfsten Protestnoten an die Adresse von Karin Keller-Sutter. Wir sehen in Zürich weiterhin eine Gemeinde, die für eine faire Verteilung von geflüchteten Menschen in Europa Hand bieten soll.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat